Dienstag, 11. Oktober 1921. **Einzelnummer 10 Mark.** 60. Jahrgang. Nr. 190.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 150.—
in den Ausgabestellen 160.—
durch Zeitungsboten 170.—
am Postamt . . 165.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4248, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 35.— M. im Reklameteil 90.— M.
Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die erste Goldrate.

Diesmal handelt es sich nicht um die Goldraten die Deutschland an die Verbandsmächte zahlen soll, sondern um das Gold, das Polen auf Grund des Rigaer Vertrages von Sowjetrußland zu erwarten hat. Die erste Rate — 10 Millionen Goldrubel — sollten vertragsgemäß bis zum 1. Oktober gezahlt werden. Sie blieben aus. Außerdem wartete Polen vergeblich auf die Heimbeförderung von 10 000 polnischen Bürgern und 3000 polnischen G.isseln, die immer noch von den Russen zurückgehalten werden. Alle diese Umstände zusammen führten eine Spannung zwischen den beiden Staaten herbei, die das Schlimmste erwarten ließ. Es kommen noch andere Dinge hinzu, — Dinge, die Polen als Mißachtung empfinden mußte: so mußte beispielsweise die polnische Repatriierungskommission, als sie vor einigen Wochen nach Moskau kam, wochenlang in Eisenbahnwaggons hausen, da die Sowjetregierung es nicht für nötig gefunden hat, ihr ein passendes Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Bekanntlich nahm die polnische Regierung nach unzähligem Hin und Her von diplomatischen Noten zwischen Moskau und Warschau gegenüber der Sowjetregierung endlich eine schärfere Tonart an, und ihre letzte Note, in der die Erfüllung der oben genannten Verpflichtungen verlangt wurde, schloß mit der Androhung des evtl. Abbruchs der diplomatischen Beziehungen. Es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß hinter dieser Kulisse sich der bestimmte Einfluß Frankreichs verbirgt. Hinter der Regierung geht aber auch die Presse und die öffentliche Meinung. Der „Kurjer Polski" stellte geradezu die Frage auf, ob es unter den obwaltenden Umständen noch Sinn hätte, mit Sowjetrußland diplomatische Beziehungen zu unterhalten.

Schließlich befristete die polnische Regierung — allerdings in Form einer „Bitte" — die Erfüllung ihrer Forderungen bis zum 10. Oktober. Damit hat sie, wenn auch noch nicht die Erfüllung selbst, so doch wenigstens eine klare Zusage der Sowjetregierung erreicht. Eine Warschauer Meldung vom Sonnabend lautet:

Die Verhandlungen zwischen Dąbski und Karachan führten zu einem günstigen Ergebnis. Herr Karachan verpflichtete sich im Namen der Sowjetregierung zur Zahlung von 10 Millionen Goldrubel als erste Rate der von Rußland zu zahlenden 29 Millionen Goldrubel vor dem 20. Oktober. Auch die Frage der Heimbeförderung der polnischen Bürger und Geiseln soll unverzüglich geregelt werden.

Gorki über das Ende des Bolschewismus.

In einem Gespräch mit dem finnländischen Korrespondenten der „Daily Mail" hat Maxim Gorki seine Ansicht über das künftige Rußland geäußert. Er meint, daß die Aufhebung des wirtschaftlichen und des intellektuellen Boykotts der Westmächte gegen Rußland das beste Mittel sein würde, um bald wieder geordnete Zustände in Rußland herbeizuführen. Rußland werde nur von der verschiedenen Völkern, nicht aber von den Regierungen unterstützt.

Die Furcht vor der bolschewistischen Gefahr, so meint Gorki, dürfe die Staatsmänner nicht ihres klaren Blickes berauben. Diese Gefahr werde von selbst verschwinden, und der Kommunismus werde einer sozialistischen oder sogar demokratischen Republik Platz machen und Rußland werde eine Staatsform etwa von der Art der Vereinigten Staaten annehmen. Die Möglichkeit einer Wiederherstellung des alten Regimes hält Gorki für höchst unwahrscheinlich. Die Intelligenz sei einer Wiederkehr der zaristischen, militaristischen Bürokratie durchaus feindlich gesinnt. Sie sehne sich nach einer Regierung der mittleren Linie. Die jetzige Regierung hält Gorki für notwendig, weil eine andere Regierung zur Zeit nicht möglich sei. Wenn die jetzige Regierung stürze, würde ein vollständiges Chaos in Rußland entstehen.

Die Räteregierung sei sogar, wie Gorki glaubt, ein notwendiger Schritt innerhalb der Entwicklung des russischen Volkes, aber sie werde am Widerstand der russischen Bauern zu Grunde gehen. Er sagte: Unsere Bauern sind brutal und verderbt; sie sind kaum Menschen, ich hasse sie. Man mag die gegenwärtige Regierung als grausam ansehen, aber diese Grausamkeit ist nichts im Vergleich zur Grausamkeit der russischen Bauern. Dem Korrespondenten sagte Gorki, daß er zunächst einen deutschen Kurort und später England aufsuchen wolle.

Brüsseler Hilfskonferenz für Rußland.

Brüssel, 6. Oktober. (W. T. B.) In der ersten Sitzung der Internationalen Hilfskommission für Rußland waren zahlreiche Persönlichkeiten aus Belgien und anderen Ländern anwesend. Vertreten waren Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Holland, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Der Minister des Aeußern bewillkommnete die Teilnehmer im Namen der belgischen Regierung und wünschte ihren Arbeiten Erfolg. Auf den Vorschlag von Noullens wählte die Versammlung den Belgier Delacroix zum Präsidenten.

Die Konferenz für Rußland erörterte heute die von Hoover und Nansen mit Sowjetrußland getroffenen Abmachungen. Sie scheint Privatinitiative zu bevorzugen, ohne Staatshilfe abzuwarten, mit Rücksicht auf die Kinder in Rußland. Sie befürwortet das Hooversche System und hält eine Untersuchung für unerläßlich, ehe man die Regierungen zu weitgehenden Eingreifen veranlaßt.

Ludendorff über eine gemeinsame Aktion zur Befreiung Rußlands.

Berlin, 7. Oktober. (PAT.) General Ludendorff legte dem Vertreter der „Neuyork Herald" einen ausführlichen Plan für die Zusammenarbeit Deutschlands, Englands und Amerikas zur Befreiung Rußlands von der Sowjetregierung vor. Nach diesem Plan würde man von Amerika keine militärische Unterstützung, sondern nur Kriegsmaterial und Lebensmittel fordern. Den militärischen Teil der Aufgabe sollte man einer freiwilligen Armee übertragen, deren deutscher Teil durch die ausländische Industrie ausgestattet werden soll. Die hauptsächlichste Bedingung jedoch ist, daß die Alliierten die Deutschen nicht als Feinde, sondern als Verbündete behandeln.

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt: Nach einer Drahtung unseres Münchener Korrespondenten erklärte General Ludendorff, daß der Inhalt des Berichtes eines Vertreters des „Neuyork Herald" über ein Gespräch mit dem General seinen wiederholt geäußerten Gedanken über die Art, das russische Problem zu bewältigen, entspreche.

Das Verhältnis zu Lettland.

Riga, 8. Oktober. (PAT.) Die Zeitung „Brichwa Seme" schreibt in einer ausführlichen Besprechung der Lage Rußlands und die Rücksichten, die Rußland bewogen, eine Reihe von Friedensverträgen zu schließen, daß Lettland aus der Realisierung des Friedensvertrages mit Rußland keinen Nutzen gezogen habe. Wir tauschten — so schreibt die Zeitung — gegen 100 Noten aus, und unsere Bürger verbleiben immer noch in russischen Gefängnissen und werden nicht vom Militärdienst befreit. Viele von ihnen wurden gefoltert und erschossen. Die Rückwanderung der lettischen Bürger vollzieht sich in sehr mäßigem Tempo. Von der Gesamtzahl der 30 000 weggenommenen Waggons erhielten wir kaum 160 zurück. Aus dem uns zugesprochenen Walde erhielten wir nicht einen Stamm. Gebessert haben sich nur die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Wir haben auch die Hoffnung, daß sie eine weitere Verbesserung erfahren werden.

Der Belagerungszustand in Petersburg aufgehoben.

Riga, 6. Oktober. (PAT.) Am 20. September d. J. wurde der Belagerungszustand in Petersburg aufgehoben. Der Verkehr in der Stadt ist Tag und Nacht erlaubt.

Die Wiesbadener Nebenabkommen.

Die von den Ministern Rathenau und Loucheur unterzeichneten Nebenabkommen haben folgenden Inhalt:

Die Rücklieferung von Industriematerial hört am 6. Dezember 1921 auf. Danach werden lediglich diejenigen Maschinen noch zurückgeliefert, die vorher abgerufen sind. Im übrigen bleibt das auf deutschem Gebiet noch vorhandene, aus Frankreich weggeführte Material endgültig im deutschen Besitz. Dafür liefert Deutschland an Frankreich binnen 8 Monaten 120 000 Tonnen Industriematerial. Das Material soll nach Möglichkeit neu, kann aber auch gebraucht sein. Außerdem bekennt sich Deutschland Frankreich gegenüber als Schuldner einer Summe von 158 Millionen Goldmark, die im Verlaufe von fünf Jahren, beginnend am 1. Mai 1926, in gleichen Jahresraten im Wege der Aufrechnung gegen Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Deutschland, in Ermangelung solcher Verpflichtungen durch Barzahlung zu tilgen sind.

Eisenbahnmaterial. Die Restitution von rollendem Eisenbahnmaterial wird auf 6200 Waggons beschränkt. Zur Ablösung der weiter gehenden Restitutionsverpflichtungen wird Deutschland an Frankreich 450 neue Fahrzeuge liefern. Die Restitution der von Deutschland aus Frankreich nach Deutschland verbrachten Tiere wird durch die Lieferung von 62 000 Pferden, 25 000 Rindern, 25 000 Schafen und 40 000 Bienenvölkern abgelöst. Außerdem hat Deutschland gegen Gutschrift auf Reparationskonto weitere 13 000 Pferde an Frankreich zu liefern. Dafür wird Frankreich keine weiteren Viehlieferungen verlangen. In allen drei die Restitution betreffenden Abkommen ist ausdrücklich bestimmt, daß nach Ausführung der darin vorgesehenen Lieferungen Deutschland Frankreich gegenüber seine Verpflichtungen aus Artikel 238 des Friedensvertrages erfüllt hat. Frankreich wird das Personal der im Restitutionsdienst verwendeten Kommissionen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken und nach Maßgabe der Durchführung der verbleibenden Lieferungen weiter herabsetzen.

Kohlenlieferungen. Das vierte Abkommen bezieht sich auf die Kohlenlieferungen und bedarf, da es teilweise auch die Lieferung an Belgien, Italien und Luxemburg betrifft, der Zustimmung der Reparationskommission. Deutschland verzichtet Frankreich gegenüber für die Lieferungen über Rotterdam, Antwerpen und Gent und andere nicht deutsche Häfen auf den Fob-Preis. Es erhält für diese Lieferungen den deutschen Inlandspreis plus Transportkosten. Deutschland hat das Recht der freien Ausfuhr seiner Kohlen, wenn es die Anforderungen der Reparationskommission erfüllt. In der Höhe des Wertes von so ausgeführten Kohlen, berechnet nach dem deutschen Inlandspreis, wird Deutschland à Konto-Zahlungen auf seine Zahlungsverpflichtungen machen. Die Alliierten verpflichten sich, die von Deutschland gelieferten Kohlen nur für den eigenen Bedarf und den ihrer Kolonien und Protektorate zu verwenden. Deutschland kann bei etwaiger Ausführung der unter Artikel 299 aufrecht erhaltenen Vorkriegsverträge bis zu 150 000 Tonnen monatlich der so gelieferten Mengen auf die anderen Pflichtlieferungen an Frankreich anrechnen. Der Erlös solcher Lieferungen wird auf Reparationskonto eingezahlt. Außerdem wird das im Juli zwischen deutschen und französischen Sachverständigen über den Transport der Kohlen auf dem Wasserwege geschlossene Abkommen von beiden Regierungen genehmigt.

In dem Hauptabkommen bekunden die beiden Regierungen ihren Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung von Baustoffen in möglichst großem Umfange zu bewirken. Zu dem Verfahren der Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages kann nach einer Kündigungsfrist von einem Jahre zurückgekehrt werden. Die deutsche Regierung darf jedoch diese Kündigung frühestens am 1. Mai 1923 für den 1. Mai 1924 aussprechen. Für die Lieferungen aus dem Abkommen gilt die Einschränkung, daß sie Frankreich lediglich für Zwecke des Wiederaufbaues verwenden darf. Die zugunsten Deutschlands bzw. der Lieferungsorganisation auf Grund des Abkommens entstehenden Kredite und die dieser Organisation gehörenden, in Frankreich befindlichen Waren und Barbeträge, sind dem Zugriff Frankreichs entzogen. Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Leistungen soll bis zum 1. Mai 1926 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Die Lieferungen sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und französischen Organisationen. Die Zahlungen an die deutsche Lieferungsorganisation geschieht durch die deutsche Regierung; dieser wird der Wert der Lieferungen auf Entschädigungskonto gutgeschrieben. Dabei unterscheidet das Abkommen drei Zeitabschnitte: bis zum 1. Mai 1926, bis zum 1. Mai 1936, und die Folgezeit. Die Lieferungen im ersten Zeitabschnitt werden Deutschland nicht im vollen Werte, sondern nur mit 35 v. H. des Wertes gutgeschrieben. Am 1. Mai 1926 werden die Restbeträge zusammengerechnet. Die so gewonnene Summe ist in zehn gleichen Jahresraten bis zum 1. Mai 1936 nebst den fällig gewordenen Zinsen gutzuschreiben. Vom 1. Mai 1936 ab kann Deutschland alle Leistungen ablehnen, soweit durch ihre Ausführung der von Frankreich in einem Jahre äußersten Falles gutzuschreibende Betrag (52 v. H. der Annuität) überschritten werden würde.

Oberschlesien.

Neue Schwi[erig]keiten.

Genf, 9. Oktober. (PAT.) Am Freitag morgen fand eine längere Sitzung des Rates der Vier statt, in der Quinones de Leone, Wellington Coo und Hymans teilnahmen. Es scheint, daß neue Schwierigkeiten entstanden sind, die diese Lösung um ein paar Tage verzögern können. In diesem Fall ist eine Entscheidung nicht vor Dienstag zu erwarten. Die Delegierten der oberschlesischen Bevölkerung werden weiter von den Sachverständigen der Kommission der Vier verhört, die am Freitag die deutschen Delegierten aus Oberschlesien empfing.

Die militärische Sicherung der Entscheidung.

Paris, 9. Oktober. Nach dem „Journal des Debats" werden auf der Konferenz in Paris, die die Instruktionen für die alliierten Truppen in Oberschlesien auszuarbeiten haben wird, die einzelnen Mächte durch die Mitglieder der Botschafterkonferenz vertreten sein. Wie die „Kreuzzeitung" von unterrichteter Seite erfährt, ist im Auftrage des Generals Le Rond dessen Stabschef aus Oppeln in Berlin eingetroffen, um hier mit der interalliierten Militärkommission Fragen zu besprechen, die mit der militärischen Sicherung der Entscheidung über Oberschlesien im Zusammenhang stehen. Von hier aus wird er sich dann nach Paris begeben, wohin auch General Nollet in den nächsten Tagen abreisen wird.

Eine Uebergangsverwaltung.

Wien, 8. Oktober. (PAT.) Die „Neue Freie Presse" berichtet aus Berlin vom 5. d. M., man höre nach Pariser Informationen aus französischen Regierungskreisen, daß für die Übergangszeit in Oberschlesien eine vorläufige Verwaltung gebildet werden wird, die sich aus Vertretern der Alliierten und zwei Polen und zwei Deutschen zusammensetzen wird.

Drohende Krisis in Deutsch-Oesterreich.

Tiroler Loslösungsbestrebungen.

Im gleichen Augenblick, wo die aufständischen Ungarn die österreichische Stadt Bruck unter Feuer halten, wo die gesamte österreichische Reichswehr an der Grenze aufmarschiert ist, ohne eine Aussicht, im Falle eines ernsten Angriffs der westungarischen Truppen — der durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt — dem Gegner erfolgreich die Stirn bieten zu können, machen sich in Tirol Bestrebungen geltend, die dazu angetan sind, die staatliche Existenz Deutsch-Österreichs in Frage zu stellen. Der Gedanke eines Anschlusses an das Deutsche Reich hat im ganzen deutsch-österreichischen Volke tief Wurzel gefaßt, und auch in reichsdeutschen Kreisen hegt man die bestimmte Hoffnung, daß sich dieser Zusammenschluß vollziehen wird, sobald die Entente ihre Einwendungen dagegen aufgegeben haben wird. Man ist sich allerdings dessen bewußt, daß die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf diesen heißen Wunsch Deutsch-Österreichs nicht möglich ist, so lange die Entente auf Grund der ihr als den Siegerstaaten zu Gebote stehenden Macht diesen Anschluß verbietet.

Aus diesem Grunde ist eine Tiroler Abordnung, die unlängst in Berlin weilte, um über den Anschluß zu verhandeln, von der Reichsregierung freundschaftlich abgewiesen worden. Die Abordnung ist dann weiter nach München gefahren, und es scheint nun, als würden zwischen Bayern und Tirol Fäden angesponnen, die auf einen Anschluß Tirols an Bayern hinauslaufen. Wie weit die Nachricht zutrifft, daß ehemalige Führer des Kapp-Putsches an dieser Bewegung beteiligt sind, bleibe dahingestellt. Zu beachten ist jedenfalls, daß der bekannte österreichische Generaloberst Dankl einen Aufruf erlassen hat, der die Rückkehr Tirols zu den „alten Zuständen" fordert — also die Annahme monarchistischer Tendenzen nahe legt — und der in ganz Tirol großen Anklang gefunden hat.

Es scheint nun keineswegs ausgeschlossen, daß der versuchte Staatsstreich Stephan Friedrichs in Westungarn auch in Tirol Bewegungen auslöst, die unter Umständen eine völlige Revolutionierung der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse Österreichs hervorrufen können. Es fragt sich natürlich noch sehr, ob die von Stephan Friedrich betriebene monarchistisch-habsburgische Propaganda überhaupt Erfolg hat und, zutreffendenfalls, ob sich dieser „Erfolg" über die Grenzen Westungarns hinaus irgendwie bestimmend bemerkbar macht. Davon dürfte es abhängen, ob auch in Tirol die monarchistische Bewegung Platz greift. Unabhängig davon ist aber damit zu rechnen, daß der Anschlußgedanke Tirols an Deutschland gerade jetzt von gewisser Seite in den Vordergrund geschoben werden kann und daß unter Umständen die Tiroler Bevölkerung den Augenblick für gekommen erachten könnte, einen Schritt zu tun, den Deutsch-Österreich als Ganzes nicht tun kann: Den Anschluß an Bayern zu erklären.

Wien, 9. Oktober. (Tel.-U.) Wie hier verlautet, steht die Abtrennungsbewegung in Tirol angeblich unter der Leitung mehrerer reichsdeutscher Persönlichkeiten. An erster Stelle wird unter ihnen der aus dem Kapp-Putsch bekannte Major Pabst genannt. Die Bewegung hat auch auf deutsches Gebiet übergegriffen.

In Wiener Regierungskreisen waren heute abermals Gerüchte verbreitet, daß Ungarn einen unmittelbar bevorstehenden Vorstoß auf Österreich vorbereite. In informierten Kreisen erklärt man jedoch, daß die Gefahr nicht so groß sei, wie die österreichische Regierung sie darstelle. Es finden vielmehr in den nächsten Tagen in Ofenpest Beratungen statt, von denen das weitere Verhalten Ungarns abhängig sein wird.

Laut „Neuem Wiener Tageblatt" haben die Ungarn offiziell 20 000 Mann neu einberufen. Wie die „Arbeiterzeitung" aus Wiener-Neustadt meldet, wird im Burgenlande und in den Grenzorten ein Aufruf des Oberkommandos der Organisation des Landesschutzes in Westungarn verbreitet. Es heißt darin: Bürger! erwacht endlich einmal aus Eurer Gleichgültigkeit. Werft die Fesseln ab welche Euch das Judentum aufgezwungen hat, und kehrt zu Euren Ständen und Kaiser zurück.

Drohender Konflikt zwischen Japan und Amerika.

London, 9. Okt[ober]. „Daily Expreß" behauptet, überall in der Welt rechnen die Staatsmänner, Bankiers, Geschäftsleute und Diplomaten mit der Wahrscheinlichkeit, daß es zwischen Japan und Amerika innerhalb kurzer Zeit zu einem Konflikt über die Herrschaft im Stillen Ozean kommen werde. Das Blatt weist auf verschiedene Gründe hin, die — sobald die Bewaffnung Japans genügend stark sein wird, nämlich ungefähr im Jahre 1923 — jeden Augenblick den Krieg herbeiführen könnten. Diese Gründe sind die japanische Einwanderung in Kalifornien, die verlangte internationale Anerkennung der Konzessionen, welche Japan während des Krieges verschiedenen chinesischen Behörden abzwang, sowie der militärische Geist in japanischen Kreisen. In diesem Kriege könne England schon wegen Kanada nicht neutral bleiben.

Sejm.

Warschau, 8. Oktober. (PAT.) Auf dem Programm der Sejmsitzung vom Freitag befindet sich die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Liquidierung der Servitute in den östlichen Wojewodschaften, die erste Lesung des Gesetzentwurfes über den Kredit des Staatsschatzes in der polnischen Landesdarlehnskasse und die erste Lesung des Gesetzes über die weitere Emission von Schatzscheinen der polnischen Landesdarlehnskasse. Nach Erledigung der ersten Lesung wird die Kammer in die Aussprache über die Erklärung des Finanzministers eintreten. Am Schluß wird sie den Bericht der Kommission für öffentliche Arbeiten entgegennehmen.

Weiter wurde das Gesetz über die ärztliche Praxis und über die Aerztekammern besprochen. Der Minister äußerte den Wunsch, beide Gesetze dem Rechtsausschuß zu überweisen. Der Abg. Rottermund lenkte als Berichterstatter der Kommission für öffentliches Gesundheitswesen die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß dieses Gesetz schon zwei Jahre im Sejm lagert; bisher habe die Regierung ihre Zweifel gegenüber der Kommission für öffentliches Gesundheitswesen noch nicht geäußert. Der Unterstaatssekretär im Justizministerium Rynowicz erklärt, daß verschiedene Artikel des Gesetzes über die ärztliche Praxis ernste Zweifel wecken, da sie mit den bestehenden Vorschriften nicht im Einklang stehen. Ebenso machen sich im Gesetz über die Aerztekammern gewisse Mängel fühlbar. In dieser Hinsicht scheint es notwendig, das Gesetz noch einmal der Kommission und zwar diesmal dem juristischen Ausschuß zu überweisen. Der Abg. Rottermund schlägt vor, die Gesetze an die verbundenen Kommissionen für öffentliches Gesundheitswesen und die juristische Kommission zu überweisen und beiden Ausschüssen einen einwöchigen Prüfungstermin zu geben. Der Sejm ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Darauf behandelte der Abg. Hryckiewicz das Gesetz über die Ordnungsvorschriften auf öffentlichen Wegen. Am 10. Dezember 1920 beschloß der Sejm 2 Weggesetze, die den ersten Teil der Wegegesetzgebung bilden. Gegenwärtig beantragte das Ministerium für öffentliche Arbeiten noch ein Gesetz über die Vereinheitlichung der Vorschriften in der ganzen Republik Polen und die Anwendung dieses Gesetzes unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Der Ausschuß für öffentliche Arbeiten führte in dem Ministerialentwurf gewisse Änderungen ein, unter anderem wurden die Wojewoden bevollmächtigt, besondere Verordnungen zu erlassen; es wurden die Strafen erhöht und die Bewohner für Wegschäden verantwortlich gemacht. Der Redner beantragt die Annahme des Gesetzes mit zwei Entschließungen, von denen die eine die Regierung auffordert, unentgeltlich Setzlinge und Pfähle zur Besetzung der Wege zu liefern; die zweite Entschließung dagegen fordert die Regierung auf, in den Schulen einen freien Tag zum Anpflanzen der Bäume im Frühjahr und Herbst einzuführen. Bei der Abstimmung wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung mit den vorgeschlagenen Aenderungen angenommen. Auf den Antrag des Abg. Pfarrers Lutosławski wurde noch in erster Lesung ein dringender Antrag über die Organisierung eines Freiwilligenkorps für die Grenzkontrolle der Kommission überwiesen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung am Dienstag um 4 Uhr nachmittag. Tagesordnung: Aussprache über Finanzangelegenheiten und über den Bericht des Finanzministers.

Das gefährdete neue Kabinett.

Die Aussprachen in den Parteien im Sejm über die Programmreden des Ministers Ponikowski und des Finanzministers Michalski haben ergeben, daß das neue Kabinett auf sehr schwankenden Füßen steht. Die Volksparteiler wie die Sozialdemokraten wollen sich mit dieser „nichtparlamentarischen“ Regierung nicht zufrieden geben; vor allem fordern die Volksparteiler ein Koalitionskabinett, und die Sozialisten bereiten eine scharfe Opposition gegen den Finanzminister Michalski vor, d. h. beide Parteien arbeiten auf eine neue Kabinettskrise hin. Recht bezeichnend ist, was der „Głos Poranny“ vom 9. Oktober darüber schreibt: „Im Namen der Volkspartei sprach Herr Bobek, der nur aufsagte, was ihm Herr Witos befohlen, vor allem ein geradezu unerhörtes Loblied auf das letzte Kabinett, voll von Begeisterung und Dank für die einjährige Arbeit (der zu verdanken ist, daß Polen am Rande des Ruins steht!), für das Aufhalten des bolschewistischen Ansturms (dazu haben die Volksparteiler am allerwenigsten beigetragen!), für die Bodenreform — mit einem Worte, nach seinen Ausführungen hat die Regierung Witos wahre Wunder getan (damit sind wir vollkommen einverstanden, freilich Wunder der Ignoranz). (Die Bemerkungen in den Klammern sind Glossen des „Głos Poranny“). Die Sozialisten wie die Volksparteiler hatten Gelegenheit, zu zeigen, wie weit ihnen das Wohl Polens am Herzen liege, da ja eine Koalitionsregierung gebildet werden sollte. Die Sozialdemokraten jedoch haben sich entschlossen, nur an einer Regierung des Zentrums und der Linken sich zu beteiligen. Die Volksparteiler dagegen haben sich nicht entschließen können, an einer Regierung teilzunehmen, die alle nationalen Parteien umfaßt. Sie konnten sich nicht entschließen, in eine solche Regierung einzutreten; denn in einem solchen Kabinett hätten sie ihre Parteiinteressen nicht verfolgen können und hätten weitere Opfer bringen müssen, weil die neue Regierung die schwere Aufgabe hatte, die Finanzen des Staates zu regeln. Die Piastengruppe zog es vor, eine sogenannte „nichtparlamentarische“ Regierung zu bilden und gab ihre Stimmen Herrn Ponikowski und ist deshalb als ein Teil der sogenannten „Vereinigung“ am meisten dafür verantwortlich, daß Ponikowski Ministerpräsident wurde, und daß die gegenwärtige Regierung zu Stande kam. Nun versuchen sie, eine neue Kabinettskrise hervorzurufen, um eine Koalitionsregierung zu bilden. Charakteristisch dafür ist, daß diese ihre Aktion von der Programmrede des Finanzministers ausgeht. Es hat sich ein Mann gefunden, der energisch entschlossen ist, den Kampf aufzunehmen und das Finanzproblem zu regeln, und gegen diesen Mann treten die Sozialisten offen und die Volksparteiler versteckt auf. Und diese beiden Parteien reden sich ein, daß sie am Wiederaufbau Polen mitarbeiteten und mitarbeiten.“

Der „Kurjer Poznański“ vom 9. d. Mts. bringt unter der Überschrift: „Die Volksparteiler für den Sturz des Kabinetts Ponikowski“ verschiedene Äußerungen des „Kurjer Lwowski“, wonach die Volkspartei darauf hinarbeitet, ein Kabinett des Zentrums und der Linken zu schaffen. Der „Kurjer Lwowski“ schreibt, daß das Kabinett Ponikowskis nur ein „Provisorium“ darstellt. Dann heißt es wörtlich: „Es ist nicht zu verwundern, daß die Parteien eine Regierung von größerer Dauer wünschen, eine Regierung der Mehrheit des Sejms. Diese Aufgabe liegt vor allem der Volkspartei ob, ohne die und gegen die eine Regierung nicht gebildet werden kann. Der Führung der Partei steht jetzt die Frage offen: Nach welcher Seite hin soll die Regierung und die Mehrheit erweitert werden, nach links oder nach rechts? Herr Daszyński hat in seinen Ausführungen über die Programmrede des Ministerpräsidenten deutlich den Gedanken einer Regierung des Zentrums und der Linken ausgesprochen.“

Der „Kurjer Poznański“ bemerkt dazu, daß diese Verbrüderung der Volkspartei mit der Linken ein typisches Beispiel dafür sei, wie wenig dieser am Wohle des Staates und an der Durchführung eines Programms liege und was der Beweggrund ihrer Politik sei. Dann bringt er noch folgenden Passus aus dem „Goniec Krakowski“: „Das jetzige Kabinett hat heute schon seine Rolle ausgespielt. Es hat in dem kritischen Augenblick die Lücke ausgefüllt, aber die großen Aufgaben, die ihm unsere jetzige Lage stellt, gehen über seine Kräfte. Eine weitere Aufrechterhaltung dieses „Provisoriums“ droht verhängnisvoll zu werden. Es ist die höchste Zeit, eine neue, vollständige, starke Regierung zu bilden, die den Staat rettet; höchste Zeit ist es für eine Regierung mit einem festen Programm.“ Die Volkspartei will, wie der „Goniec“ schreibt, in nächster Zeit schon mit ihrem Programm hervortreten, auf dem vor allem die Bodenreform stehen soll, und in Bezug auf die Bodenreform ist sie mit den Ausführungen des Finanzministers nicht einverstanden. So schreibt der „Goniec Krakowski“ vom 7. d. Mts.: „Der Herr Finanzminister sprach in seiner Progammrede von der Bodenreform und stellte sich auf die Grundlage der gegenwärtig geltenden Gesetze, die er auszuführen gedenke. Zwischen den Zeilen konnte man aber seine Unlust lesen, diese wichtige Aufgabe der Verbesserung unserer Verhältnisse zu erfüllen. Es ist der Ton, der die Musik macht, sagt der Franzose. Und der Ton seiner Rede läßt uns vieles befürchten.“

Forderungen der polnischen Beamten.

Warschau, 10. Oktober. Am Freitag erschien beim Finanzminister eine Beamtenabordnung, die ihm eine Denkschrift mit den Wünschen der Beamten überbrachte. Die Beamten verlangen, daß in Warschau der Multiplikator auf 2500 erhöht wird in den anderen Städten im Verhältnis dazu, und Auszahlung von Beihilfen in Höhe von 20000 M. für den unverheirateten Beamten, 10000 M. für die Ehefrau und 5000 M. für jedes Kind. Die Delegierten der Beamtenschaft erklärten dem Minister, daß sie ihm drei Tage zur Beantwortung ihrer Denkschrift ließen. Sollte in dieser Zeit den Beamten keine Antwort oder eine ablehnende Antwort gegeben werden, dann würden sie sich gezwungen sehen, die schärfsten Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Herr Michalski versprach wohlwollende Erwägung.

Lemberg 10. Oktober. Die Lemberger Eisenbahner beschlossen, folgende Forderungen zu stellen: 1. eine besondere Zulage aus Anlaß der durch die Lemberger Ostmesse hervorgerufenen Teuerung. 2. eine einmalige nicht rückzahlbare Beihilfe in Höhe eines Monatsgehalts. 3. Herabsetzung des Kohlenpreises.

Politische Tagesneuigkeiten.

Der japanische Kaiser schwer erkrankt. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die Krankheit des Micado sich bedeutend verschlechtert habe. Die Bevölkerung rechnet mit einem eventuellen Tod des Micado.

Wien ständiger Sitz des Völkerbundes. Das tschechische Pressebureau berichtet aus Wien, daß am 22. Oktober d. Js. dort eine Delegation des Völkerbundes mit Robert Cecil an der Spitze eintreffen wird. Das Ziel dieser Delegation soll angeblich das sein, Wien bis ständigen Sitz des Völkerbundes zu wählen.

Das lettische Bürgerrecht. Auf Grund des Gesetzes über das lettische Bürgerrecht steht dieses Bürgerrecht Personen zu, die vor dem 1. August 1914 mindestens 20 Jahre in Lettland gewohnt haben und Personen, die ständig bis zum Jahre 1881 in Lettland weilten und ihren Enkeln.

Deutsches Reich.

** **Die Eisenbahnen sollen einem Privatkonsortium verkauft werden.** Berichten der „Vossischen Zeitung“ zufolge beschäftigt sich die deutsche Regierung gegenwärtig mit einem Entwurf, die deutschen Staatsbahnen einem deutschen Privatkonsortium zu verkaufen. Der Wert der deutschen Bahnen wird auf 60 Milliarden eingeschätzt. Falls der Verkauf zu Stande kommt, würde das deutsche Budget von einem großen Defizit befreit werden.

** **Gegen die Führer des Kappputsches.** Der deutsche Generalstaatsanwalt hat Steckbriefe gegen die Führer des Kappputsches losgelassen und zwar gegen Kapp, den Oberleutnant Pabst und Bauer, den General Lüttwitz, Ehrhardt und viele andere. Für die Festnahme jedes der Genannten sind 50 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

** **Die Kreditverhandlungen mit der Industrie.** Wie der „Lokalanzeiger“ von unterrichteter Seite erfährt, sollen die Verhandlungen zwischen Industrie und Regierung über das Anleiheangebot sofort aufgenommen werden. Da der Reichskanzler auf acht Tage verreist ist, werden die Verhandlungen mit ihm erst im Laufe der nächsten Woche beginnen. Auch der Industrieausschuß wird erst kommende Woche vollzählig zusammentreten. In Kreisen der Industrie glaubt man, daß die Besprechungen jetzt rasch vorwärts gehen werden, nachdem das Industrieangebot in München angenommen worden ist.

** **„Wiesbaden“ im Auswärtigen Ausschuß.** Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich in vertraulicher Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann mit dem „Wiesbadener Abkommen“ Rathenau-Loucheur. Auf seiten der Reichsregierung waren außer dem Wiederaufbauminister der Minister des Äußern Dr. Rosen, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Haniel sowie Beamte des Wiederaufbauministeriums, des Finanzministeriums und des Auswärtigen Amtes anwesend. Nach einem ausführlichen Vortrag des Reichsministers Dr. Rathenau trat der Ausschuß in die Besprechung ein, die noch andauerte.

Aus der polnischen Presse.

Mit der Sejmrede des Abgeordneten Hasbach beschäftigt sich jetzt auch die „Rzeczpospolita“. Sie schreibt: „Herr Abgeordneter Hasbach ist heute ein in ganz Polen bekannter Mann. Bisher hat niemand etwas von ihm gewußt. Aber Herr Abgeordneter Hasbach hat beschlossen, der Verteidiger aller nationalen Minderheiten zu werden, die unter dem Joch der Republik stehen. Er trat im Sejm nicht nur im Namen der Deutschen auf, von denen er gewählt wurde, sondern auch im Namen der Russen, Litauer, Ruthenen, Weißrussen und Ukrainer. Es ist zu verwundern, daß Herr Hasbach nicht auch die Juden unter seine schützenden Flügel genommen hat. Die Juden haben zwar eigene Verteidiger, aber wenn schon jemand den Beschluß faßt, mit solcher Phantasie der Ritter aller nationalen Minderheiten zu sein, so müßte er an alle denken.

Herr Abgeordneter Hasbach war ein preußischer Junker. Das, was wir von den preußischen Junkern wissen, scheint uns nicht dazu angetan, daß das eben berufene Leute zur Verteidigung der Rechte von Schwachen und Bedrückten wären. Woher diese Donquichotterie? Ist vielleicht Herr Hasbach aus seiner Kaste entartet? Das ist es eben, daß er nicht entartet ist. Er ist weiterhin Preuße geblieben. Und schon fängt er daran an zu denken, wie er gegen Polen intrigieren und ihm schaden könnte. Bestimmt haben die Russen, Litauer, Ruthenen, Weißrussen und Ukrainer keine flehenden Bitten an Herrn Hasbach gesandt, damit er sie unter seinen Schutz nehme. Ganz sicher hat er als erster daran gedacht und seine Hände den unglücklichen Minderheiten entgegengestreckt: „Kommt her, ihr Kinder, kommt alle zusammen . . . ich will euch organisieren nach den Weisungen aus Berlin und werden gemeinsam den verfluchten Saisonstaat bekämpfen.“

Stellen wir uns jetzt vor, daß in der damaligen guten Zeit einer von den polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag sich erlaubt hätte, in ähnlicher Weise zum Schutz der Elsässer und Dänen hervorzutreten. Ganz sicher hätte die deutsche Presse bestimmt, daß ihm für Hochverrat ein Spaziergang „hinter die Stadt unter den Galgen auf dem Berge zusteht“.

Die „Rzeczpospolita“, die solche schiefen Vergleiche zieht, muß gefragt werden: Ist ihr vielleicht ein Gesetz bekannt, das einem Abgeordneten verböte, auch für andere als seine Wähler einzutreten? Und sollte es wirklich eine schlechte Handlung sein, wenn jemand sich zum Anwalt anderer macht, die selbst nicht in der Lage sind, ihr Recht zu wahren?

Theater und Musik.

Langsam hebt sich der Vorhang . . . . das Auge sieht ein Bild von überraschender Stärke. Eigentlich kein Bild. Die Illusion ist so stark, daß man die Stimmung der Dinge selbst empfindet. Eine einsame Gegend hoch oben in den Bergen. Felsengewirr, Schnee und Einsamkeit. . . . . Eine einsame, bretterne Hirtenhütte, deren Hinterwand sich an die letzte Bergwand anlehnt. . . . . Darüber ein weiter nächtiger Himmel, Sterngeflimmer, Ruhe und Größe.

Der Ruf einer Hirtenschalmei, — dann erhebt sich aus der Tiefe wie die Stimme dieser einsam großen Berge eine breit ausladende Melodie, und das nächtliche Bild der Berge beginnt zu leben und zu sprechen.

Aus dem Tiefland steigen Menschen empor. Sie kommen zu dem Hirten Pedro, dem Bewohner dieser Einsamkeit, und erzählen ihm, daß unten im Tale ein Weib seiner harrt, ein Weib, das ihm bestimmt ist. Und Pedro, der Ahnungslose, der noch nie ein Weib gesehen hat, steigt jubelnd hinunter in das Tal, wo, wie er glaubt, das Glück auf ihn wartet. Statt des Glücks findet er, der Reine, Spott und Sittenverderbnis. Unbegreiflich ist ihm, warum die Leute im Dorfe die Nachricht von seiner bevorstehenden Verheiratung mit Martha mit Hohn und Spott aufnehmen. Unbegreiflich ist ihm auch, was für eine Bewandtnis der Lichtschein hat, der in später Nacht aus Marthas Kammer in den Vorderraum der Mühle dringt, wo er, Pedro, mit der ihm eben angetrauten Martha sich aufhält. Der nächste Tag öffnet ihm die Augen. Es wird ihm klar, welche Rolle Sebastiano, der Besitzer der Mühle und des Dorfes, im Leben Marthas gespielt hat, welche Bedeutung der Lichtschein aus Marthas Kammer hatte und woher das väterliche Wohlwollen Sebastianos kam, der ihm Martha zur Frau gab. Ein kurzer Kampf zwischen dem Hirten und dem Tyrannen des Dorfes, — entseelt liegt Sebastiano am Boden, und Pedro steigt mit seinem Weibe als Beute zu seinen Bergen empor, getragen von der breiten Weise der Musik der Freiheit und der Reinheit.

Die Aufführung von d'Alberts „Tiefland“ im hiesigen Großen Theater gewinnt ihren Hauptwert durch ein glückliches Zusammenwirken des Dekorativen mit dem Musikalischen. Herrn Dołżyckis Kunst, die Farben des Orchesters zu mischen und die Wirkungen des Orchesters und des Bühnenbildes miteinander zu verschmelzen und durch einander zu vertiefen, hat in Herrn Jarocki einen Helfer gefunden, dem in dekorativer Hinsicht der Raum, in dem sich der Vorgang in den Bergen abspielt, besonders gut gelang. Herr Dołżyckis Orchester übertrifft in „Tiefland“ sich selber und trägt, ganz Klang und Leben, die Handlung mit außerordentlicher Beweglichkeit. Die Einzelrollen sind gut besetzt: die beiden Tenorpartien mit Herrn Bedlewicz (Pedro) und Herrn Drabik (Nando), die Bariton- und Baßpartien mit den Herren Ludwig (Sebastiano), Rawita (Marccio) und Mossoczy (Tamaso), die beiden Frauenrollen mit Frl. Orleńska (Martha) und Frl. Hendrychówna (Nuri). Die kleineren Rollen der Dorfbewohnerinnen liegen ebenfalls in guten Händen: ihre Trägerinnen sind Frl. Majchrzakówna, Frl. Dziewińska und Frl. Kopczyńska (die — was hiermit nachzutragen sei, — sich neulich in Gounods „Faust“ als Siebel sehr günstig einführte).

„Tiefland“ bedeutet ohne Zweifel nach einer Zeit des Stillstandes einen Fortschrit des Großen Theaters.

*

Wertvolle künstlerische Eindrücke erhielten die Besucher des Konzertes der Frau Else Daniel (aus Lissa), die am Sonntagabend auf Veranlassung des Deutschtumsbundes im Vereinshaussaal sang. Wertvoll sowohl durch das Was als auch durch das Wie. Das sehr reizvolle Programm brachte nach einer Mozartarie ausschließlich Lieder neuer und neuester Tonsetzer, darunter Werke, die hier überhaupt noch nicht gesungen wurden und für deren Vermittlung man daher der Sängerin besonders dankbar sein muß.

Es handelt sich um Lieder von Max Krohn, Edward Moritz und Julius Röntgen, — Vertonungen, die man, wenn man will, mit einer gewissen Berechtigung „expressionistisch“ nennen kann; insofern, als Harmonie und Melodie stellenweise die Bahnen des Gewohnten vollkommen zu verlassen scheinen und der Komponist, in dem Bestreben, dem Worttext und der vom Dichter in Worte gekleideten Stimmung bis in die feinsten Verästelungen musikalisch nachzugehen, den tönenden Abglanz dessen gibt, was er, nachdem er sich erst in das Wortgedicht musikalisch hineingewühlt hatte, aus dem Worttext heraushörte. Genau wie bei expressionistischen Bildern entstehen so auch auf dem Gebiete der Musik Werke, die meist auf den andern um so weniger unmittelbar wirken, je stärker subjektiv — also je tiefer, vom Standpunkt des Schaffenden, — sie empfunden wurden. Kennzeichnend in dieser Beziehung war von den am Sonntag gesungenen Liedern von Max Krohn die Vertonung des Dehmelschen Gedichtes „Nach einem Regen“, die — kompositionstechnisch ohne Zweifel eine der wertvollsten Nummern des Programms — ahnen ließ, was der Komponist sagen wollte und was er möglicherweise sagt, wenn man das Lied zum zweiten oder dritten Mal hört, während sie beim ersten Mal weit weniger wirkte als das vorher gesungene „Und Du wirst kommen“ desselben Komponisten (Text ebenfalls von Richard Dehmel), das die Stimmung „Wenn liebeleer die weite Welt, die Sonne fern versinkt im Trüben, Feindliche Sterne dräun, der Nebel wogt im Feld“ mit immerhin verständlichen Mitteln musikalisch wirkungsvoll gestaltet. Von Edward Moritz und Julius Röntgen brachte das Programm je ein chinesisches Lied (von Li-Tai-Po übersetzt von Hans Bethge): „Der Tanz der Götter“ und „Die geheimnisvolle Flöte“, — das erste ein ekstatischer Hymnus auf die „Flöte aus Jade“, das Symbol der Götter und Menschen verbindenden Kunst, das zweite ein wundervoll zartes, stimmungsvolles Abendlied, eine süß verhauchende Erinnerung an einen Abend, „da die Blumen dufteten und alle Blätter an den Bäumen“.

Von dem hier schon manchmal gesungenen Erich J. Wolff sang die Konzertgeberin die wundervolle Vertonung des Flaischlenschen Gedichtes „Alle Dinge haben Sprache, seit Du da bist“ — wohl das bekannteste von den Liedern dieses Komponisten — und das hier vermutlich noch nicht gesungene „Fäden“ (Gedicht von Paul Wertheimer):

> Viele Fäden gleiten zwischen mir und Dir,
> lustig feine Saiten, drauf die Wünsche schreiten
> zwischen mir und Dir.

Den Anfang des Programms bildeten Rezitativ und Arie „Nur zu flüchtig“ aus Mozarts „Figaros Hochzeit“, zwei der Wesendonck-Lieder von Richard Wagner und zwei Lieder von Max Reger, den Schluß vier Lieder von Richard Strauß.

Die Konzertgeberin, der ein guter Ruf vorausging, bewährte sich als eine Sängerin von schönen und ausgezeichnet geschulten Mitteln, starker Innerlichkeit, feinem Stilgefühl und sicherer Musikalität. Nur unter solchen Voraussetzungen lassen sich die zum Teil außerordentlich schwierigen Lieder der Neuesten mit der Lebendigkeit und Natürlichkeit wiedergeben, wie das in dem Sonntagskonzert geschah, nur unter solchen Voraussetzungen konnte trotz einer Indisposition die Mozartarie und das ganze anspruchsvolle Programm so glücklich und erfolgreich erledigt werden, wie es der Konzertgeberin gelang. Künstlerische Durchführung eines solchen Programms ist aber außerdem nur möglich, wenn die Klavierbegleitung — die hier freilich zum Teil kaum noch „Begleitung“ genannt werden kann — einem Musiker anvertraut werden kann, der imstande ist, sich in die Sonderwelt jedes der Komponisten hineinzufinden, das scheinbar Verworrene klar und sprechend zu machen und mit der Singstimme zusammen den dichterischen Gehalt der Lieder als Klang zu gestalten. Frau Daniel hatte das Glück, in Herrn Viktor Bickerich einen solchen Begleiter zu haben. Was er als Nachdichter am Klavier gab, wird sicher von denen, die mit dem inneren Ohr zuhörten, nicht so bald vergessen werden („Die geheimnisvolle Flöte!“).

Das Publikum dankte für das Gebotene freudig mit Beifall und Blumen. Als Zugabe sang Frau Daniel das keck humorvolle „Du hast gesagt, ich soll nicht lieben“ von Hermann Löns in der Vertonung von Adolf Liebeck.

Daß der Saal bei weitem nicht ausverkauft war, ist ein bedenkliches Zeichen. Was soll das Gerede davon, daß den Deutschen in Posen künstlerisch nichts geboten wird, wenn die Gelegenheit solcher künstlerischer Erlebnisse nicht ausgenützt wird? wl.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. Oktober.

An die Posener Bürgerschaft.

Zur Deckung des diesjährigen Steuerbedarfs hat die Stadtverordneten-Versammlung an Zuschlägen zur Staatssteuer die Summe von 192 Millionen Mark beschlossen.

Die Veranlagung der Staatssteuern durch die Veranlagungsbehörden ist bisher noch nicht erfolgt und die Steuereinziehung wird voraussichtlich erst Ende Dezember d. J. erfolgen können.

Im November 1920, bei Vorbearbeitung der Veranlagung haben wir das Ministerium darauf aufmerksam gemacht, daß bei den ständig in Ziffern aufsteigenden Erwerbseinkommen die nach den bestehenden Steuersätzen zu erfolgende Veranlagung zu den Staatssteuern für die Steuerzahler eine sehr hohe sein wird, und gebeten, eine entsprechende Aenderung der Steuersätze, sowie die Erhöhung des steuerfreien Einkommens herbeizuführen. Das Ministerium wandte sich in dieser Angelegenheit an den Sejm, doch ist erst Ende August d. J. eine Entscheidung erfolgt und aus diesem Grunde die Verzögerung der Veranlagung.

Durch sparsame Hauswaltung ist es uns gelungen, aus den gewöhnlichen Einnahmen die allernotwendigsten Ausgaben im ersten Halbjahre zu bestreiten. Für die Zukunft und bis zur Möglichkeit der Steuereinziehung fehlen uns aber die erforderlichen Barmittel. Die Aufnahme eines vorübergehenden, höheren Darlehns ist infolge der Knappheit an Barmitteln in unseren Bankinstituten unmöglich.

Aus obigen Gründen richten wir an unsere Steuerzahler und Erwerbsgenossenschaften die Bitte, den doppelten Betrag der im Vorjahre gezahlten Gemeinde- und Gewerbesteuer an unsere Steuerkasse (Neue Straße 10 I) unter Vorlegung des vorjährigen Steuerzettels gefl. einzahlen zu wollen.

Die eingezahlte Vorauszahlung wird gehörig quittiert und nach erfolgter Veranlagung auf die zu zahlenden Steuern verrechnet werden.

Magistrat der Stadt Poznań.
gez. Dr. Kiedacz.

Wie gut es die Deutschen haben.

In Kobylin wurde die evangelische Schule infolge einer Anordnung des Bürgermeisters gezwungen, die polnische Kleinkinderschule bei sich aufzunehmen, obwohl die Räume durchaus nicht ausreichten und durch die Kleinkinderschule der Unterricht der evangelischen Schule gestört wurde. Trotz des Einspruches des evangelischen Schulvorstandes blieb es bei der Anordnung des Bürgermeisters. Schließlich erklärte sich dieser, als eine Verfügung der Regierung eine Einigung zwischen dem Magistrat und dem evangelischen Schulvorstand verlangte, bereit, die Kleinkinderschule herauszunehmen und sie im Alten Kloster unterzubringen. Als dies nach Ablauf mehrerer Wochen nicht geschah, weigerte sich der evangelische Lehrer, der Lehrerin der Kleinkinderschule den Schulschlüssel zu übergeben. Darauf wurde er während des Unterrichts in der Schule verhaftet und auf ein Schreiben des Bürgermeisters an den zuständigen Kreisschulinspektor von seinem Amt enthoben.

*

Ein deutscher Landwirt hielt sich in einem Gasthause in Kobylin auf, als dort von einem Polizeibeamten einige behördliche Verfügungen durch Verlesung öffentlich bekanntgegeben wurden. Da der Landwirt der polnischen Sprache nicht mächtig war, wandte er sich an den Polizisten mit der Frage, ob die Verfügungen nicht in deutscher Sprache wiederholt werden könnten, damit die deutschen Besucher des Lokals auch verstehen können, um was es sich handelt. Darauf wurde er von dem Polizeibeamten gezwungen, aufs Rathaus mitzukommen, wurde dort dem Bürgermeister vorgeführt und zwecks Feststellung seiner Persönlichkeit in Haft gehalten, obwohl er mehrere angesehene Bürger der Stadt nannte, die in der Lage waren, ihn zu legitimieren. Am Abend erschien seine Frau, und auf ihre energischen Vorstellungen wurde er freigelassen, jedoch erst, nachdem er 30 Mark Haftgebühr und 50 Mark Fernsprechgebühr (für ein Gespräch zwischen dem Bürgermeister und dem Distriktskommissar) bezahlt hatte. Außerdem erhielt er nach einigen Tagen einen Strafbefehl über dreihundert Mark „wegen ungebührlichen Betragens einem Polizeibeamten gegenüber".

Gleiches Recht für alle.

In einem Hause in der kleinen Gerberstraße wohnte seit neun Jahren ein hochbetagter jüdischer Herr mit seiner Frau und seiner Enkelin. Die Wohnung hat vier Zimmer. Eines davon wurde an eine polnische Dame vermietet. Die Enkelin des Wohnungsinhabers verheiratete sich mit einem Glaubensgenossen, und das junge Paar sollte zwei Zimmer der großelterlichen Wohnung beziehen. Die Großeltern des jungen Paares wollten gleich nach der Hochzeit abwandern. Das Wohnungsamt verweigerte dem jungen Ehepaar die Genehmigung, die Wohnung weiter zu bewohnen, während die erst vor kurzem zugezogene polnische Mieterin, die sich auch in dieser Zeit verheiratete, die Erlaubnis erhielt, zwei Zimmer der Wohnung zu bewohnen. Unmittelbar nach der Abwanderung des bisherigen Wohnungsinhabers erschien in der Wohnung ein Schutzmann und erklärte, ihm wäre ein Zimmer der Wohnung vom Wohnungsamt zugewiesen. Gleich danach fuhr auch ein Möbelwagen vor, der die Sachen des Schutzmannes brachte. Trotz des Einspruchs des Ehemannes der Enkelin des bisherigen Wohnungsinhabers wurden die Sachen abgeladen und in die Wohnung getragen, wo zum Zweck ihrer Aufstellung ein Zimmer und die Küche mit Gewalt geräumt wurden, und zwar so, daß die dort befindlichen Sachen in das andere Zimmer gebracht wurden, wo die junge Ehefrau am Scharlach krank im Bett lag. (Von einer Desinfektion der Räume war selbstverständlich keine Rede.) Das Endergebnis ist also: Die bisherige Untermieterin bekommt die halbe Wohnung, ein Familienmitglied des bisherigen Wohnungsinhabers muß sich unter genau den gleichen Voraussetzungen mit einem kleinen einfenstrigen Zimmer begnügen und sich die Wegnahme der Küche und des anderen Zimmers und das Zusammenstellen der Möbel aus diesen Räumen in einem einzigen Zimmer, das als Wohn- und Schlafraum für zwei Personen dienen soll, gefallen lassen.

Kreissynode Schildberg.

Am 4. Oktober tagte in Ostrowo im Evangelischen Gemeindehause unter Vorsitz des Superintendenten Voß die diesjährige Kreissynode des Kirchenkreises Schildberg.

Nach gemeinsamem Gesange des Liedes „O heil'ger Geist, kehr' bei uns ein" sprach Superintendent Voß über Hebr. 10, 35: „Werfet euer Vertrauen nicht weg, welches eine große Belohnung hat." Die heutige Zeit, so führte er aus, mit ihrer Bedrängnis, ihren Schwierigkeiten auf allen Gebieten, und den Nöten, die über unsere Kirche und ihre einzelnen Glieder gekommen sei, sei geeignet, das Vertrauen zu erschüttern und habe auch viel Vertrauen erschüttert, insbesondere das Vertrauen auf den Herrn der Kirche, der nicht immer gleich nach unserm Wunsch eingegriffen, dem Unrecht gewehrt, die Not gelindert habe. Wer aber in solchen Zeiten sein Vertrauen als wertlos fortgeworfen, habe nie rechtes Vertrauen gehabt. In leidlosen Zeiten brauche man keins; wahres Vertrauen zeige sich erst im Dunkel des Lebens. Dann aber bewähre es sich auch und sei stärker als die Verhältnisse. Haben könnten es freilich nur die, die vom Gott-Vater-Glauben des 1. Artikels zum Heilandsglauben des 2. Artikels durchgedrungen seien. Erst auf solchem Boden könne ein Vertrauen erwachsen, das standhält auch in den vielleicht noch schweren Nöten, die unser warten. — Dann widmete Superintendent Voß, dem erst vor kurzem die Geschäfte der Superintendentur Schildberg übertragen worden sind, dem inzwischen nach Posen verzogenen Superintendenten Rhode warme Worte des Abschieds, dankte dem bisherigen Superintendentur-Verweser Pfarrer Wiele-Adelnau für seine Mühe und führte sich bei der Synode mit wenigen Worten ein. Es folgte die Verlesung des Ephoralberichts, der neben manchem Erfreulichen natürlich auch viel Trübes brachte. Das evangelische Gemeindebewußtsein hat eine gewaltige Stärkung erfahren, viel Opferfreudigkeit ist bewiesen, manche schlummernden Kräfte haben sich entfaltet. Freilich seien die Gemeinden im letzten Jahre noch kleiner geworden, manche so klein, daß ihre Vereinigung mit Nachbargemeinden erwogen werden muß; die zweiten Pfarrstellen seien eingezogen: Pfarrer Land-Kempen habe die Pfarrstelle in Schildberg übernommen, Pfarrer Althausen-Raschkow sei auf ein neues Arbeitsfeld nach Amerika gegangen. Sämtliche Pfarrer sind mit Arbeit überlastet, wenn auch hier und da Gemeindeglieder ihnen schon manche Arbeit abgenommen hätten. Die Schulen liegen darnieder, der oft mangelhafte Religionsunterricht beeinträchtige auch den Konfirmandenunterricht. Aber doch keime überall neues Leben, und es sei zu hoffen, daß unsere Kirche die gegenwärtige Krisis überwinden werde. — Pfarrer Weinhold-Schreibersdorf behandelte in etwa ½stündigem Vortrag das vom Evangelischen Konsistorium gestellte Thema: „Was kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Förderung und Vertiefung des kirchlichen Lebens seitens der Gemeindeglieder in der Einzelgemeinde geschehen?" Er führte in fesselnder Weise aus, was nicht nur die Mitglieder der kirchlichen Körperschaften, sondern auch jeder evangelische Christ zur Förderung des gottesdienstlichen Lebens, des sonstigen kirchlichen Gemeindelebens, zur Vertiefung der kirchlichen Arbeit an der Jugend tun und wie er dazu beitragen könne, die der Kirche aus der Entheiligung des Sonntags, den Volkslastern und von seiten der Sektierer drohenden Gefahren abzuwenden. Der Vortrag löste eine lebhafte Aussprache aus, die bewies, daß auch schon bei den Laien für derartige Fragen reges Interesse und volles Verständnis vorhanden ist. Vielleicht wäre es noch günstiger gewesen, wenn sich zur Berichterstattung über diese Fragen gerade ein Laie hätte bereitfinden lassen.

Nach dem Bericht des Rechnungsausschusses wurde dem Rendanten Entlastung erteilt, eine Erhöhung der Synodalbeiträge auf das zwölffache des Vorjahres beschlossen, und über äußere und innere Mission berichtet. Pfarrer Labenski-Schwarzwald wurde zum Abgeordneten in die Landessynode ernannt und zu seinem Stellvertreter Pfarrer Klawitter-Kempen gewählt. Zwei am Schluß eingebrachte Anträge, die dahin lauteten, den Pfarrer in dieser wirtschaftlich so schweren Zeit mehr denn je mit Naturalien zu entschädigen und in den Kirchkassenetat eine bestimmte Summe einzusetzen, die es ihm ermöglicht, weiterhin wissenschaftliche Arbeit zu treiben, die dafür erforderlichen Bücher anzuschaffen und theologische Zeitschriften zu halten, wurden warm befürwortet und den Gemeinden zur Beachtung und Befolgung empfohlen.

Nach Gebet und gemeinsamen Gesang ging die Synode auseinander.

R.

\# **Ein Hilferuf für die leidenden Kinder.** Eine Reihe polnischer Verbände, darunter der katholische Arbeiterverein Posen, der Verein erwerbstätiger Frauen, das Kinderhospital St. Josef, das Kinderkrankenhaus in Kobelnitz und das Rote Kreuz schicken uns einen Aufruf an die gesamte Öffentlichkeit zum Besten der infolge der geradezu katastrophalen Milchknappheit darbenden Kinder zu. Darin heißt es, daß jeder einzelne verpflichtet ist, für die Kinder Opfer zu bringen durch Selbsteinschränkung und Spenden, da in Posen z. B. auf 140 Todesfälle 100 Kinder fallen. Der Aufruf wendet sich vor allem an die Landbevölkerung, daß sie sich im Verbrauch von Milch möglichst einschränke, damit auch den Städten etwas Milch für die Kinder verbleibe. So könnte bei einigem guten Willen der Bauern Tausenden darbender Kinder geholfen werden. Die Eisenbahndirektion wird gebeten, die Milchzufuhr vor allen anderen Dingen zu berücksichtigen, und an die Behörden ergeht die Bitte, nach Verständigung mit den landwirtschaftlichen Verbänden in den Städten wieder Milchzentralen einzurichten und den Verbänden Kredite zum Ankauf von Milchkühen zu gewähren. Der Milchverkauf sollte nur bestimmten Geschäften gestattet sein. Für Übertretung der Milchvorschriften wird Todesstrafe gefordert. Das Rote Kreuz will die Milchversorgung der Städte in die Hand nehmen.

X **Der Miljonówka-Gewinn** fiel in der Sonnabendziehung auf die Nr. 1229096.

X **Im Kino-Colosseum** Św. Marcin 65 (früher St. Martinstr.) wird von heute ab das Drama „Rächer Tod" aufgeführt. Näheres siehe im heutigen Anzeigenteile.

Besitzwechsel.

* **Lissa i. P., 3. Oktober.** St. Nawrocki kaufte das Grundstück der Firma Jakob Bergmann, Bahnhofstraße 3, und verlegte sein Eisenwarengeschäft vom Markt nach seinem neuerworbenen Grundstück.

* **Bromberg, 6. Oktober.** Das Gut Jagdschütz bei Bromberg ist für 4 Millionen Mark in den Besitz von Michael Kwiatkowski übergegangen, Herausgeber des „Narodowiec" in Herne (Westfalen) und des „Sztandar Polski" in Gleiwitz.

* **Mogilno, 7. Oktober.** Auf tragische Weise büßte der Rittergutsbesitzer Kabisch-Streben sein Leben ein. Wie ein polnisches Blatt berichtet, schoß sich K. infolge eines zwischen ihm und seiner Gattin ausgebrochenen Streites eine Kugel durch die Schläfe. Der schwer Verwundete wurde im bewußtlosen Zustande nach Gnesen gebracht, wo er verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

* **Bromberg, 5. Oktober.** Nach § 65 der staatlichen Gewerbebestimmungen wurden für die Stadt Bromberg folgende Termine für Jahrmärkte festgesetzt: 11. bis 15. April, 11. bis 15. Juli, 29. August bis 2. September und 21. bis 25. November einschließlich. — Eine Preiserhöhung um 50 Prozent ist von der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung in der am 3. d. M. abgehaltenen Vierteljahrssitzung beschlossen worden. — Der Kriminalpolizei gelang es, als gefährliche Diebin ein Dienstmädchen zu entlarven, die bei verschiedenen Herrschaften Uhren und Schmucksachen im Werte von 250000 Mark gestohlen hatte.

* **Kulm, 9. Oktober.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, 2000 Zentner Kartoffeln anzukaufen, um sie an die minderbemittelte Bevölkerung zu verkaufen.

* **Graudenz, 3. Oktober.** Von einem Personenkraftwagen der japanischen Grenzkommission überfahren und tödlich verletzt wurde heute vormittag in der Börgenstraße das dreijährige Söhnchen der Bäckermeisterwitwe Frau Wichert. Der Knabe wollte kurz vor dem ankommenden Kraftwagen die Straße überqueren, wurde von diesem erfaßt und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zur Dr. Heubachschen Klinik, wohin der Chauffeur ihn bringen wollte, bereits verstarb.

Neues vom Tage.

§ **Eisenbahnunglück in Thüringen.** Auf der Strecke Leinefelde—Gotha in der Nähe der Station Bufleben, hat sich durch Abreißen von acht Wagen eines Güterzuges ein schweres Unglück zugetragen. Die Wagen rollten auf etwas abschüssiger Strecke etwas zurück und stießen dann mit einem nachfolgenden Güterzug zusammen. Hierbei wurden dreizehn Wagen und eine Maschine zertrümmert. Der Anprall ließ auch einen Benzintankwagen explodieren, wobei ein Bremser den Tod durch Verbrennung erlitt. Außer diesem Toten sind noch mehrere Eisenbahnbeamte als schwerverletzt zu beklagen.

§ **Ein englisches Wanderausstellungsschiff.** Auf einer englischen Werft wird z. Zt. ein Schiff von 20000 Tonnen gebaut, das als Wanderausstellung für die englische Industrie eingerichtet wird, und im August nächsten Jahres eine achtzehnmonatige Reise um die Welt antreten soll. Das Schiff ist mit drei Dieselmotoren ausgerüstet.

§ **Große Wärme in England.** Die Temperatur in London erreichte am Freitag 84 Grad Fahrenheit. Es ist dies die höchste Temperatur, die bisher im Oktober in London notiert wurde.

§ **Erdbeben auf Massaua.** Laut Depeschen des „Giornale d'Italia" ist Massaua durch den Erdbeben völlig zerstört worden. Die Bevölkerung ist auf das Land geflohen. Der Schaden der Regierungsgebäude allein beträgt 5 Millionen Lire. Die Erdstöße dauern noch immer an. — Die Koralleninsel Massaua liegt bekanntlich im Roten Meer an der Küste von Erythrea. Sie ist italienischer Besitz, hat sehr moderne Hafenanlagen, gilt als bedeutender Hafenplatz und wird überwiegend von Europäern bewohnt.

§ **Professor Einstein in Italien.** Professor Dr. Einstein hält vom 22.—24. Oktober Vorlesungen in der Universität Bologna. Die philosophische und naturwissenschaftliche Fakultät bildete ein Ehrenkomitee zum Empfang Einsteins.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

O. B. in N. W. 1. Die 50prozent. Vermögensabgabe ist zu bezahlen. 2. Ob diese Vermögensabgabe auch noch nach dem 10. Januar 1922 zu entrichten sein wird, wissen wir nicht, wir können Ihnen infolgedessen auch nicht die dann geltenden Bedingungen mitteilen.

K. St. in D. 1. Leinölfirnis stellt man in der Weise her, daß man das Leinöl mehrere Stunden unter Zusatz von 3 v. H. Bleiglätte und tüchtigem Umrühren am besten mittels überhitzten Dampfes, um das Anbrennen zu vermeiden, kocht. Statt der Bleiglätte kann man 1—2 v. H. Manganborat (Siccativ) verwenden. Das Leinöl ist möglichst rein und klar filtriert zu gebrauchen. 2. Rapsöl ist als Maschinenöl zu benutzen und harzt nicht, wenn es klar filtriert ist. Wegen des Maschinen- oder Zentrifugenöls wenden Sie sich am besten an die Raiffeisen-Maschinenzentrale in Posen.

F. K. 108. Ihr Optionsfall gehört zu den umstrittenen Angelegenheiten. Nach mehreren polnischen Entscheidungen sind Sie, obwohl hier geboren, nicht polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität, sondern Reichsdeutscher, mithin überhaupt nicht optionsberechtigt, weil Sie von 1909—1918 Ihren Wohnsitz nicht mehr hier gehabt haben. Wenden Sie sich doch einmal an den Deutschtumsbund Wały Leszczyńskiego 2 (fr. Kaiserring).

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	10. Oktober	8. Oktober
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% „ „ (neue)	—,—	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	—,—	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	220 +	220 +
Bank Związku VIII em. (ungest.)	220 +	220 +
Bank Związku IX em. (ungest.)	220 +	220 +
Bank Handlowy, Poznań I—VII	350 + A	350 + A
„ „ „ VIII	350 + A	350 + A
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	500 + A	500 + A
Bank Ziemian I—III	315 + A	315 +
R. Barcikowski I—IV em.	175 + N	175 + N
R. Barcikowski V em.	160 + N	160 + N
Centrala Skór I—II (exkl. Kup.)	490 + A	550 + A
„ „ III „	490 + A	550 + A
Luban	—,—	—,—
Dr. Roman May I—III	—,—	740 + A
„ „ „ IV	610 + A	680 + A
Patria	—,—	535 + A
Pozn. Spółka Drzewna	1550 + A	1550 + N
C. Hartwig I—III em.	—,—	530 + A
C. Hartwig IV em.	450 + A	500 + A
Cegielski I—VI em.	335 + A	315 + A
Cegielski VII em.	335 + A	315 + A
Hurtownia Związkowa	160 + A	175 + A
Centrala Rolników	340 + A	300 +
Dollars	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański (exkl. Bezugsr.)	150 + A	150 + A
Bank Przemysłowców	260 +	260—265 + N
Lucjan Nowiński	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna I—II	—,—	195 + N
Hartwig Kantorowicz	—,—	900—860 + A
Wytwornia Chemiczna I—II exkl. Bezugsrecht	270—275 + N	260—265 + N
Wyroby Ceramiczne Krotoschin	—,—	165—170 + N
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	1250 + A
Arcona	530 + A	550—530 + N
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	150 +	150 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—,—	680—670 + A
Herzfeld Viktorius	550-530-540 + A	660—650 + A
Bentzki	775 + N	900—870 + A
Orient	260-250-260 + N	285—280 + A
Sarmatia	660 + A	750—720 + A
Blawat	310 + N	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	310 + N
Tkanina	515 + N	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—,—	—,—
Papiernia Bydgoszcz	300—290 + A	320—315 + N
Trie (exkl. Dep.-Stck.)	—,—	215 + N
Hurtownia Skór I	—,—	300 + A
„ „ II	—,—	250 +
Kabel	170—180 + N	—,—
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Hurtownia Spółek Spożywcz.	—,—	—,—
Pneumatik	—,—	165—160 + N

A. = Angebot (polnisch: O. = ofiarowano).
N. = Nachfrage (polnisch: P. = pożądano).
\+ = bezahlt (polnisch: + płacono).

= Rigaer Börsenbericht vom 8. Oktober. Engl. Pfund 1380, Dollar 364, Franken 26,50, schwedische Krone 83, dänische Krone 58,50, finnische Mark 5,45, estnische Mark 0,82, polnische Mark 0,9.

Getreidebörse Posen vom 10. Oktober 1921.

Unverändert (wie Freitag).

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. Oktober.

Schwierigkeiten beim Broteinkauf.

Sonnabend nachmittag bis in den späten Abend hinein herrschte besonders in den ehemaligen Vororten vor den Bäckerläden und den Brotverkaufsstellen ein ganz ungewöhnliches Menschengedränge, nicht etwa, weil der Preis für das Markenbrot wieder erhöht worden war, sondern, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, daß es überhaupt kein Brot gäbe. Der wahre Grund war jedoch der, daß die meisten Bäcker sich weigerten, das **Brot gegen Brotmarken**, die ja bekanntlich nur noch diese Woche gelten, zu dem Preise von 30 M. für das Pfund abzugeben, angeblich weil das Pfund Roggenmehl jetzt 75 M. kostet. Tatsächlich wurde an der letzten Posener Börse das Roggenmehl mit 13 500—14 500 M. für 100 Kilogramm, d. h. mit 67,50 bis 72,50 M. das Pfund notiert. Es ist jedoch anzunehmen, daß den Bäckereien infolge des vom Staate der Stadt bewilligten Zuschusses das Mehl noch zu erheblich billigerem Preise geliefert wird. Im **freien Handel** dagegen kostete das Pfund Brot zwischen 60 bis 80 M. Es wäre dringend erwünscht, daß hierzu in voller Öffentlichkeit vom Magistrat Stellung genommen würde, ob den Bäckern noch Mehl zur Herstellung von Markenbrot geliefert wird und diese so in der Lage sind, das Brot zum Preise von 30 M. das Pfund in dieser Woche noch zu liefern. Wir halten es für unzulässig, daß die Brotlieferung gegen Marken vor der Zeit von den Bäckern ohne Zustimmung des Magistrats höchst einseitig aufgehoben wird. hb.

Deutscher Theaterverein. Am Donnerstag dieser Woche, dem 13. Oktober, wird Karl Schönherrs fünfaktiges Drama „**Der Weibsteufel**" zum ersten Mal aufgeführt. Eintrittskarten sind in der Vereinsbuchhandlung (ul. Wjazdowa) zu haben.

Wochenmarktbericht vom Montag, 10. Oktober. Auf dem **Gemüsemarkt**, der schwach befahren war, legte man an für Mohrrüben 30 M., Kraut 50 M., Zwiebeln 60 M., Tomaten 70 M., bessere 90 M., rote Rüben 30 M. das Pfund. — Auf dem **Obstmarkt** zahlte man für Birnen 50—60 M., Äpfel 40—50 M., Pflaumen 90 M. das Pfund. Besseres Obst erzielte höhere Preise, man sah es nur vereinzelt. — Auf dem **Geflügelmarkt** erzielten Gänse 1100—1200 M., Enten 600—700 M., junge Hühner 250 bis 300 M., Tauben 160 M. das Paar. Hühner waren in Massen angeboten, von Gänsen bemerkte man viel geschlachtete, die 200 M. das Pfund kosteten.

X **Mord.** Auf dem Wege hinter Venezia bei Ostrowo wurde am Sonntag neben dem katholischen Friedhofe die **Leiche** eines **unbekannten ermordeten Mannes** aufgefunden, neben der Leiche lag ein Messer. Des Mordes verdächtig ist ein 42 Jahre alter, aus dem Kreise Gleiwitz stammender Mann namens Augustyn **Palaczek**, der vermutlich nach Kalisch oder nach Posen geflüchtet ist.

X **Einbruchsdiebstähle usw.** In der Nacht zum Sonnabend wurde Grochowe Łąki 4 (früher Südstraße) eingebrochen; gestohlen wurden Därme in großen Massen, 6 Flaschen Schnaps, eine Bernsteinzigarrenspitze, ein Spazierstock mit silbernem Griff im Gesamtwerte von 120 000 M. — Vor dem Hause ul. Wielka 25 (früher Breitestr.) wurde Freitag nachmittag 1 Fahrrad, Marke „Torpedo", Firma Rodelheim-Frankfurt a. M., Nr. 163 301 im Werte von 40 000 M. gestohlen. — In der Nacht zum Sonnabend wurde in der ul. Głogowska 70 (früher Glogauer Straße) in einen Keller eingebrochen; gestohlen wurden 6 Flaschen Ungarwein, 6 Büchsen kondensierte Milch usw. im Gesamtwerte von 100 000 Mark. — Am Sonnabend wurden aus einer Wohnung des Wały Królowej Jadwigi 7 (fr. Burggrafen-Ring) Herren- und Damenkleidungsstücke, darunter 1 Pelz, ferner 1 goldene Uhr im Gesamtwerte von einer halben Million Mark gestohlen. — Einer ul. Polna 17 (fr. Feldstr.) wohnenden Dame ist ein schwarzes Kostüm im Werte von 45 000 M. gestohlen worden. — Aus einer Wohnung in der ul. Patrona Jackowskiego 37 (fr. Rollendorfstr.) sind am Sonnabend ein Pelz, sowie verschiedene Herren- und Damenkleidungsstücke im Werte von 250 000 M. gestohlen worden.

hm. **Buk**, 7. Oktober. Das **Propsteivorwerk Großdorf** bei Buk wurde in diesem Jahre **zum vierten Male durch Feuer heimgesucht.** Diesmal brannte das große Arbeiterwohnhaus bis auf die Grundmauern vollständig ab; auch wurde das dahinter stehende große Stallgebäude zum großen Teil ein Raub der Flammen. Zum Glück kam der Brand am Tage, frühmorgens 8 Uhr, zum Ausbruch, so daß es den Arbeitern gelang, wenigstens den größten Teil ihres Mobiliars in Sicherheit zu bringen. Vier Feuerspritzen hatten reichlich zu tun, dem verheerenden Elemente Einhalt zu tun. Auch dem Pächter, v. Strzyzowski, ist durch den Brand wieder ein großer Schaden erwachsen. Das Feuer soll durch Kinder entstanden sein, die mit Streichhölzern gespielt haben.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Am Mittwoch, d. 5. d. Mts. verschied mein innigstgeliebtes Kind, unsere Nichte und Cousine

Thea Grunwald.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Bertha Grunwald,
geb. Hirsch.

Poznań, den 10. Oktober 1921.

Die Beerdigung hat am Sonntag stattgefunden.

„Die Not der Heiden ohne das Evangelium". Sitten und Gebräuche der Neger in Afrika von E. Kotz (15 Jahre Missionssekretär in Afrika). **Dienstag** abend 8 Uhr im Vortragssaal Waly Zygmunta Augusta 4. Eintritt frei!

Festandachten in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A, Wolnica.
Dienstag, den 11. Oktober 1921, abends 6¼ Uhr, mit Predigt.
Mittwoch morgens 7 Uhr,
vormittags 11 Uhr Predigt u. **Seelengedenkfeier**,
abends (Festausgang) 6 Uhr 50 Min.
Werktäglich morgens 7 Uhr und abends 6 Uhr.
Synagoge B (Isr. Brüdergemeinde), ul. Dominikańska.
Dienstag, den 11. Oktober 1921, abends 6½ Uhr, mit Predigt,
Mittwoch morgens 9 Uhr.
vormittags 11½ Uhr Predigt und Seelengedenkfeier.
Festausgang 6 Uhr 48 Minuten.

Herzliche Bitte!

Unsere Anstalt **„Siechen- und Rettungshaus Poznań, Zagórze Nr. 15"**, welche die Aermsten unter den Armen aufnimmt und eine Zweiganstalt des Diakonissen-Mutterhauses ist, befindet sich **infolge der drückenden Teuerung in großer Not.** — Wir sind bei den geringen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, möglichenfalls gezwungen, unsere Arbeit an den Elenden aufzugeben, **wenn nicht Freunde und Wohltäter** uns unterstützen. Wir wagen daher die dringende Bitte an alle die ein Herz für die gute Sache haben, uns **hilfreich zur Seite zu stehen**, damit ein Werk, welches über 50 Jahre besteht, nicht untergehen müßte und die armen Kinder und Siechen dadurch ihre Heimstätte verlieren. — Gott der Herr, dem wir mit dieser Arbeit dienen und dessen Liebesgebot wir damit erfüllen wollen, wird reichlich segnen alle, welche fröhlich mithelfen, daß der Sonnenschein der rettenden und helfenden Liebe recht hell leuchten kann. — **Gaben der Liebe**, besonders auch in **Naturalien**, nimmt entgegen die leitende Diakonisse der Anstalt **Marie Simon, Poznań, Zagórze Nr. 15.**